

AUSGABE VOM 12. DEZEMBER 2020

Bewerbungsstart für neuen Bundespreis Koop.Stadt

Das Bundesinnenministerium hat jüngst den Start für den neuen Bundeswettbewerb „Koop.Stadt“ verkündet. Gesucht werden Kommunen, die konkrete Maßnahmen und Instrumente zur Förderung der Zusammenarbeit und aktiver Mitgestaltung bei der Stadtentwicklung durch die Bürgerschaft ergreifen. Bewerbungsschluss ist der 10. März 2021. Nähere Informationen gibt es auf der Website www.koop-stadt.de.

Kölns CDU-MdB Karsten Möring: „Ich hoffe auf gute Vorschläge aus Köln. Der Preis soll Vereine, Nachbarschaftsgruppen und kulturelle Einrichtungen ermuntern, sich noch stärker an der Entwicklung ihrer Stadt zu beteiligen.“ Für die zehn besten Projekte ist ein Preisgeld von insgesamt 200.000€ ausgelobt. Die Preisverleihung findet im Mai 2021 auf dem Nationalen Stadtentwicklungskongress in Köln statt.

Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2021

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in der Generaldebatte des Bundestages den Haushaltsentwurf für 2021 begründet und erläutert. Der gesamte Haushalt ist von den Auswirkungen und der Bekämpfung der Corona-Pandemie gekennzeichnet. „Wir leben in einer Ausnahmesituation. Wir leben mit einer Herausforderung, wie sie die Bundesrepublik noch nicht in dieser Art gekannt hat“, begründete Merkel insbesondere die geplante Neuverschuldung im Bundeshaushalt. Derzeit befinde sich Deutschland „in einer entscheidenden, vielleicht der entscheidenden Phase der Pandemiebekämpfung“, betonte die Kanzlerin. Es gebe zu viele Menschen auf Intensivstationen und zu viele Todesfälle. Merkel nutzte ihre Rede, um zugleich an die Betroffenen zu erinnern und den Ärztinnen und Ärzten, Pflegerinnen und Pflegern zu danken, die jeden Tag um die Erkrankten kämpfen.



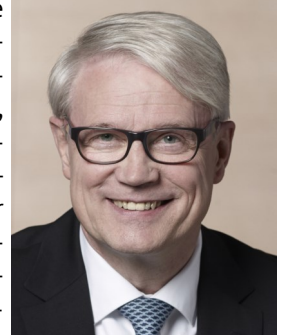
Die große Mehrheit sei weiter bereit, Rücksicht zu nehmen und eigene Interessen zurückzustellen: „Dafür bin ich von Herzen dankbar“, so Kanzlerin Angela Merkel am Mittwoch bei der Haushaltsdebatte im Bundestag. (Foto: privat)

Rund 500 Milliarden Euro umfasst der Haushalt für 2021, insgesamt werden 180 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen. Als politische Schwerpunkte nannte Merkel die Bildungsoffensive im digitalen Bereich und das Ziel, Kompetenzzentren und eine neue Bildungsplattform zu schaffen. Für Familien seien 15 Kinderkranktage pro Kind und Jahr eine wichtige Verbesserung.

Das Kindergeld wird erhöht, der Solidaritätszuschlag fällt weg. In die Forschung fließen unter anderem 750 Millionen Euro für Impfstoffe. Es sei richtig gewesen, das Kurzarbeitergeld zu verlängern. Ebenso wichtig sei es, die aktuellen Abschlagzahlungen für betroffene Unternehmen auf 50.000 Euro zu erhöhen. In Zeiten von Corona könne man weder im Sozialbereich noch bei Zukunftsausgaben sparen, so MdB Karsten Möring. 180 Milliarden Euro Nettokreditaufnahme sei allerdings „eine Summe, an die ich mich keinesfalls gewöhnen will“. Im Sinne der Generationengerechtigkeit sei eine schnelle Tilgung notwendig. 2026 wird deshalb mit der Rückzahlung begonnen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

In dieser Woche haben wir im sogenannten Jahressteuergesetz, das jährliche Änderungen einzelner steuerlicher Regelungen enthält, eine Neuregelung getroffen, die für private Vermieter und Mieter auch in Köln bedeutsam ist. Private Haus- und Wohnungseigentümer bilden bundesweit die größte Vermietergruppe. Sie verzichteten bei bestehenden Mietverträgen häufiger auf mögliche Mieterhöhungen, beispielsweise um ein gutes Verhältnis zum Mieter zu pflegen oder Mieterwechsel zu vermeiden. Manchmal bekommen sie dann Post vom Finanzamt. Darin erklärt die Behörde die Vermietung zur „Liebhaberei“, weil zu wenig Miete verlangt wird und deshalb ange-setzte Werbungskosten nicht angerechnet werden dürften. Dahinter verbirgt sich eine viel diskutierte Regelung im Einkommensteuergesetz. Verlangt ein Vermieter weniger als 66 Prozent der ortsüblichen Marktmiete, können Werbungskosten aus Vermietung und Verpachtung nur anteilig geltend gemacht werden. Damit soll verhindert werden, dass die verbilligte Überlassung von Wohnraum unter Familienmitgliedern oder Verwandten zu einem Steuersparmodell wird.



Angesichts des hohen Mietniveaus werden wir diese Grenze ab 2021 von 66 auf 50 Prozent senken. Damit verhindern wir, dass es zu vom Finanzamt veranlassenen Mietsteigerungen kommt und sozial eingestellte Vermieter „bestraft“ werden.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



Das Ehrenamt wird gestärkt

Im Rahmen der abschließenden Beratungen zum Jahressteuergesetz hat die Koalition diese Woche auch ein umfassendes Änderungspaket zur **Stärkung des Ehrenamtes** auf den Weg gebracht. „Gute Nachrichten für alle Übungsleiter, Erzieher oder Betreuer auch in Köln“, freut sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring. „Die Koalition hat sich auf weitreichende Verbesserungen im Gemeinnützigkeitsrecht verständigt. Wir ermöglichen Ehrenamtlichen eine höhere steuerfreie Anerkennung. Die Ehrenamtspauschale steigt zum 1. Januar 2021 von 720 € auf 840 €, der Übungsleiterfreibetrag von 2.400 € auf 3.000 €. Damit setzen wir lange geforderte steuerliche Entlastungen für ehrenamtlich Tätige um.“

Wir vereinfachen auch den Zuwendungsnachweis bei Spenden. Künftig gilt er bis 300 Euro. Eine eigene Spendenbescheinigung ist dann nicht mehr erforderlich. Kleinen Vereinen und ihren Mitgliedern wollen wir das Leben erleichtern und schaffen deshalb die Pflicht zur zeitnahen Mittelverwendung ab, wenn sie über Einnahmen von höchstens 45.000 Euro verfügen. Auch erhöhen wir die Freigrenze für Einnahmen aus einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb von 35.000 € auf 45.000 € pro Jahr. Diese Einnahmen müssen dann nicht versteuert werden.“

Wohnraumoffensive wird fortgesetzt

„Mit dem Bauhaushalt 2021 setzt die Koalition ihre Wohnraumoffensive fort“, freut sich Kölns CDU-MdB Karsten Möring anlässlich der Verabschiedung des Bauhaushalts im Bundestag. Wie versprochen würden 2021 wieder eine Milliarde Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt und das Baukindergeld über 2020 hinaus verlängert. Damit stelle die Koalition erneut ihre Verlässlichkeit unter Beweis.

„Kommunen wie Köln müssen den wachsenden Einwohnerzahlen durch die Ausweitung und Sanierung der öffentlichen Infrastruktur zum Beispiel im Schulbau, bei Sport und bei Kultur gerecht werden“, so MdB Möring. Vor allem seien neue Baugebiete für Wohnungsbau zu erschließen. Bei alledem hilft der Bund. Mit 1,2 Milliarden Euro für den Städtebau würden im kommenden Jahr erneut Mittel auf Rekordniveau für die Kommunen zur Verfügung gestellt.

„Damit unterstützt der Bund weiterhin den Weg zu mehr Wohnungsbau und flankiert dies mit steigenden Wohngeldausgaben, der Förderung des altersgerechten Umbaus, der Gebäudesanierung und nicht zuletzt mit einem sozial ausgewogenen Mietrecht. Wir stärken die Investitionen in Eigentumsförderung, in den sozialen Wohnungsbau und für Innovationen am Bau. Wir machen Wohn- und Baupolitik für die Menschen“, resümiert Karsten Möring, Mitglied im Bundestagsbauausschuss.

Mit FFP2-Masken Risikogruppen bestmöglich schützen

Durch eine **Verordnung** des Gesundheitsministers erhalten alle Risikogruppen Zugang zu kostenlosen oder vergünstigten FFP2-Masken, die deutlich wirksamer sind als der häufig zu sehende Mund- und Nasenschutz aus Stoff. Das hat Minister Jens Spahn Kölns CDU-MdB Karsten Möring in Berlin mitgeteilt. Die Ausgabe startet noch im Dezember, um gerade in der Weihnachtszeit das Infektionsrisiko zu verringern. Im ersten Schritt ist vorgesehen, dass sich über 60-Jährige und Menschen mit Vorerkrankungen oder Risikoschwangerschaften



Meinungsaustausch zur aktuellen Corona-Lage am Rande der Haushaltsdebatte. Gesundheitsminister Jens Spahn im Gespräch mit Kölns CDU-MdB Karsten Möring am Mittwoch im Bundestag. (Foto: Privat)

drei kostenlose Masken in der Apotheke abholen können. Dazu genügen die Vorlage des Personalausweises oder eine Eigenauskunft über die Zugehörigkeit zu einer der genannten Risikogruppen. Diese Regelung gilt bis zum Jahresende. Für die Zeit danach erhalten alle Berechtigten zwei Coupons für jeweils sechs Masken von ihren Krankenkassen. Diese können sie in zwei klar definierten Zeiträumen ebenfalls in den Apotheken einlösen. Pro Coupon zahlen sie dabei einen Eigenanteil von zwei Euro. Finanziert wird diese Leistung aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds. „Eine gute Entscheidung, denn diese Masken senken das Risiko einer Ansteckung deutlich stärker“, so MdB Karsten Möring.

Impressum:

Ausgabe Nr. 66 der 19. Wahlperiode

12. Dezember 2020

Herausgeber:

Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611

Email:

karsten.moering@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karsten Möring MdB/Harald Häbler/
Dr. Jürgen Reuter

